

Schulreform Nach dem Scheitern der sechsjährigen Grundschule in Hamburg geraten auch ähnliche Pläne der Jamaika-Koalition im Saarland in die Kritik. Als erster prominenter Politiker aus den Koalitionsparteien stellte FDP-Vize Oliver Luksic die fünfjährige Grundschulzeit in Frage.

Der Kampf um die Grundschule ist neu eröffnet

Reformgegner an der Saar wittern Morgenluft

Von SZ-Redakteur Daniel Kirch

So hatte sich Klaus Kessler seinen Urlaub sicherlich nicht vorgestellt. Vom Bayerischen Wald aus, wo der saarländische Bildungsminister derzeit mit Wohnmobil und Fahrrad unterwegs ist, musste er mit ansehen, wie im fernen Hamburg die Bürger in einem Volksentscheid die geplante sechsjährige Primarschule kippten. Das hätte Kessler vermutlich nicht sonderlich berührt, wenn er für das Saarland nicht Ähnliches planen würde. Die Grünen hatten mit CDU und FDP im vergangenen Jahr vereinbart, die Grundschule auf fünf Jahre zu verlängern. Das war ein Preis, den CDU und FDP für die Koalition mit den Grünen zahlen mussten.

Bei Union und Liberalen hält sich die Begeisterung für die Schulreform in Grenzen – seit Sonntagabend vermutlich noch mehr als schon zuvor. Die beiden Parteien geraten nach dem Referendum in der Hansestadt untergehörigen Druck, auch an der Saar „den grünen Unfug“ zu stoppen (Verband Deutscher Realschullehrer Saar). Die Vereinigung der Oberstudiendirektoren der Gymnasien im Saarland (VOS), die die Schulleiter aller 37 Gymnasien vertritt, jubelte, Hamburgs Bürger hätten „den Angriff auf das Gymnasium zurückgeschlagen“ und damit auch

ein Signal fürs Saarland gegeben.

In der Jamaika-Koalition fühlen sich alle auf ihre Weise durch den Volksentscheid bestätigt. Ministerpräsident Peter Müller (CDU) und die Grünen sind der Meinung, die Konzepte aus Hamburg und dem Saarland seien nicht vergleichbar, schließlich werde die Existenz des Gymnasiums hierzulande in der Verfassung garantiert. Allerdings war die eigentliche Existenz des Gymnasiums in Hamburg gar nicht die entscheidende Frage, sondern die Angst vor einer schleichenden Aushöhlung durch eine längere Grundschulzeit. Diese Befürchtung treibt auch im Saarland viele Menschen um – wie Kessler jetzt erstmals einräumen muss. „Wir müssen akzeptieren, dass offenbar ein erheblicher Teil insbesondere des Bildungsbürgertums mit den Reformprojekten zu einem längeren gemeinsamen Lernen nicht einverstanden ist“, ließ er gestern von seinem Urlaubsort aus verlauten. VOS-Chef Rainer Steinbäck sieht einen „sehr, sehr massiven Widerstand“ bei Eltern, Schülern und Lehrern. An den Gymnasien seien schon Zehntausende Unterschriften gesammelt worden. „Für uns stellt sich fast schon die Frage: Wer – außer den Politikern – ist denn überhaupt dafür?“

Die FDP? Sie hat im Koalitionsvertrag einer längeren Grundschule zwar zugestimmt, aber



Vier, fünf oder sechs Jahre Grundschule? Darüber wird in den Bundesländern heftig gestritten.

Foto: dpa

wirklich überzeugt war sie davon nie. Einerseits würde sie die Pläne am liebsten sofort begraben, andererseits würde sie damit aber den grünen Koalitionspartnern provozieren. Und so beließ es Fraktionsvize Christian Schmitt gestern bei der Erklärung, die Koalition müsse nun „die richtigen Schlüsse“ aus dem Referendum ziehen. Welche das sein sollen, dazu schwieg er. Deutlicher wurde da FDP-Landesvizechef Oliver Luksic, der forderte, die Reform auf den Prüfstand zu stellen (siehe Interview). Die CDU meldete sich erst gar nicht zu Wort und

verwies auf den Regierungschef, der erklärt hatte, die Hamburger Entscheidung bestätige „unsere Vorgehensweise, die zukünftige Bildungspolitik in unserem Land breit zu diskutieren und den politischen und vorpolitischen Raum mitnehmen zu wollen“.

Die Regierung will nach der Sommerpause erst einmal Eltern, Lehrer und Schüler zu dem Vorhaben hören, auch mit der Opposition wird man sprechen (müssen). Denn ohne die Zustimmung von SPD oder Linken zu einer Verfassungsänderung kann die Koalition ihre Pläne für ein län-

geres gemeinsames Lernen und die Zusammenlegung von Gesamtschule und Erweiterter Realschule gleich vergessen. Die Sozialdemokraten haben der Koalition ihre Bedingungen für Gespräche bereits diktiert: volle Gleichwertigkeit von Gymnasium und neuer „Gemeinschaftsschule“, dazu unter anderem kleinere Klassen, Lernmittelfreiheit und mehr Schulsozialarbeit. Regierung und Opposition müssten sich auf ein „strukturell konsensfähiges Konzept verständigen und dann bei der Bevölkerung um eine breite Zustimmung wer-

ben“. Die Linke verlangt, die Eltern stärker einzubeziehen.

Grünen-Chef Hubert Ulrich sagte gestern, das fünfte Grundschuljahr werde „nicht um jeden Preis“ und nicht gegen den Willen der Bevölkerung eingeführt. „Das machen wir nicht.“ Das hat auch Bildungsminister Kessler immer wieder betont. Nach dem Hamburger Volksentscheid erscheint die Aussage aber in einem etwas anderen Licht.

Im Internet:
www.saarbruecker-zeitung.de/bildung